

Beschluss-Vorlage

Der Landesvorstand begrüßt den Ansatz, „eine Art Dringlichkeitsprogramm“ aufzustellen, das klarstellt, welche Probleme keinen Aufschub dulden und welche Handlungsmöglichkeiten auf Landesebene bestehen.

Wie könnte ein solches Dringlichkeitsprogramm aussehen? Dazu ein paar Grundsätze, über die wir uns verständigen können:

1. Ganz allgemein gesprochen, geht es zuerst einmal darum, die Verschlechterungen zurückzunehmen, die uns die CDU-FDP aufgenötigt haben und gegen die wir gemeinsam protestiert haben (auch auf der Straße): Gemeindeordnung, LPersVG, KiBiZ, Hochschul-Studiengebühren, Regionalverkehr-Kürzungen, Vergabegesetz usw. Das ist aber noch keine gestaltende Politik, gar für eine ganze Legislaturperiode, wird aber SPD und Grünen schon schwer genug fallen.

2. Wir haben eine Reihe von Forderungen, die auf Landesebene allein nicht zu realisieren sind. Hier erwarten wir verbindliche Zusagen über Initiativen und Zusammenarbeit im Bundesrat (Mindestlohn, Rückzug der Bundeswehr aus dem Ausland, Änderungen des Steuersystems, Abschaffung der Hartz-Gesetze usw.)

3. Auf Basis der vom Gründungsparteitag beschlossenen Landespolitischen Leitlinien schlagen wir vor:

- Ausweitung der Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst entsprechend der Forderungen von verdi. Die SPD sagt, dass sie die Mitbestimmung verteidigt und für mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist. Das Landespersonalvertretungsgesetz, das Gesetz, das die Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst regelt, ist von der CDU/FDP-Koalition novelliert worden. Führende Vertreterinnen und Vertreter der SPD haben auf den Protestkundgebungen versprochen, die Verschlechterungen wieder rückgängig zu machen, falls sie wieder an die Regierung kommt. Auch die Grünen haben dies – wenn auch zurückhaltender formuliert – deutlich gemacht. Ist die SPD aber auch dazu bereit, hier und heute mit uns und dem DGB gemeinsam ein Landespersonalvertretungsgesetz zu entwickeln, das die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst ausbaut?
- Von Arbeit muss man leben können. Wir treten für die Einführung eines Mindestlohns ein, der diesen Namen verdient. Ein gesetzlicher Mindestlohn darf kein Hungerlohn sein. Er muss gegen den Willen der Unternehmen durch eine branchenübergreifende Mobilisierung der Beschäftigten durchgesetzt werden.
- Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung (Landeswahlprogramm 2005) und Arbeitszeitmodelle zum Nutzen der Beschäftigten
- Der Privatisierungswahn muss gestoppt werden. Die SPD fordert in ihrem Parteiprogramm den „demokratischen Sozialismus“. Wir fordern, dass gesellschaftliche Aufgaben in gesellschaftliche Verantwortung gehören. Das ist ein erster Schritt. Wird der nicht getan, dann ist das Gerede von sozialer Gerechtigkeit und demokratischem Sozialismus nur ein Täuschungsmanöver. Gesundheit darf keine Ware sein. Daseinsvorsorge darf nicht zur Ware werden. Öffentlicher Verkehr und Bildung müssen Sache der Gesellschaft bleiben oder wieder werden. Das öffentlich-rechtliche Sparkassensystem ist zu erhalten, die Gewinnverwendung muss im Sparkassengesetz demokratisiert werden. Statt der „Privatisierung der Gesellschaft“ zu Gunsten der Profite brauchen wir demokratische Selbstverwaltung. Der Verkauf öffentlichen Eigentums muss verhindert werden und bereits verkaufte Betriebe müssen wieder in die öffentliche Hand rückgeführt werden. Public Private

Partnership - Projekte sind zu kündigen. Wenn Subventionen an Unternehmen erfolgen, haben diese über öffentliche Beteiligungen zu erfolgen.

- Die Energieversorgung muss kommunalisiert und vom Zwang, betriebswirtschaftlich Gewinne abzuwerfen, befreit werden. Forderungen nach Re-Kommunalisierung werden noch präzisiert. Die Energiepreise explodieren, es profitieren die großen Konzerne. Die Energieproduktion auf der Basis von Erdöl ist ökologisch unverantwortlich und in keiner Weise zukunftsfähig. Neue Wege müssen eingeschlagen werden - im Interesse der kommenden Generationen. Ein solcher existenziell für die gesamte Gesellschaft wichtiger Bereich darf nicht profitorientierten Unternehmen überlassen werden, sondern muss unter gemeinsamer demokratischer Kontrolle der dort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie der Nutzerinnen und Nutzer im Interesse der Gesellschaft verwaltet werden.
- Kostenlose Bildung für alle: Im ersten Schritt müssen flächendeckend Schulmittagessen und Lernmittelfreiheit eingeführt werden. Das System ändernd soll eine Schule für alle geschaffen werden. Außerdem müssen die Studiengebühren wieder abgeschafft und eine höhere Zahl der Ausbildungsplätze in allen öffentlichen Unternehmen durchgesetzt werden.
- Für eine echte Existenzsicherung. Solange die Hartz-Gesetze noch nicht rückgängig gemacht wurden, fordern wir eine Existenzsicherung, die ein Leben in Würde und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Dazu fordern wir insbesondere Landesfonds a) zur Umwandlung aller "Arbeitsgelegenheiten" in tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse und b) zur Verhinderung von Zwangsumzügen und Zwangsversteigerungen. Zusätzlich treten wir für die Schaffung eines Öffentlichen Beschäftigungs-Sektors (ÖBS) mit pro Jahr mindestens 50.000 Arbeitsplätzen (Hessen) ein.
- Die Vermögenssteuer muss sofort wieder eingeführt sowie in NRW eine ausreichende Zahl an Steuerfahndern und Betriebsprüfern eingestellt" werden. (Rechenmodell Hessen)
- Für eine Neufassung der Kommunalaufsicht über die öffentlichen Haushalte: Sozial ist Pflichtaufgabe für die Stadt!

Begründung:

Je näher die Landtagswahlen in NRW rücken, desto öfter wird man uns fragen, wie wir es mit der SPD halten bzw. ob wir bereit sind, mit der SPD (oder auch den Grünen) zu regieren. Wir befinden uns wahlpolitisch und in Bezug auf die Gewinnung von Mitgliedern noch im Aufwind. Die politischen Gegner und die Medien werden jedoch versuchen, uns ins Abseits der Politikunfähigkeit zu stellen.

DIE LINKE bestimmt ihre Politik autonom, ausgehend von den drückendsten Problemen, die heute auf uns lasten. Wir lassen uns unsere Handlungsfelder nicht von der verengten Sicht auf das Bestehende begrenzen. Allerdings nehmen wir die anderen Parteien beim Wort, testen die Ernsthaftigkeit ihrer Wahlversprechen. Wir führen Wahlkämpfe und Gespräche mit anderen Parteien, so, dass sie es erklären müssen, wenn sie nicht bereit sind, auf diese wichtigen Forderungen einzugehen. Nur DIE LINKE garantiert den Druck, dass SPD und Grüne die negativen Veränderungen aus der CDU-FDP Zeit rückgängig machen.

Einigkeit besteht darin, nicht "eine abgespeckte Version" zur Verhandlungsmasse zu machen. Wir müssen eine Politik machen, die sich darum bemüht, die Kräfteverhältnisse und damit auch die Mehrheitsverhältnisse in dieser Gesellschaft zu ändern. Das aber geht nur, wenn eine große Zahl von Menschen aktiv wird, wenn sich Millionen für die eigenen Interessen mobilisieren. Solange wir eine Minderheit sind, müssen wir eine Politik machen, die diese Mobilisierung begünstigt. Wir bringen die SPD dazu, mit ihrem Agenda-Flügel zu kämpfen. Nicht wir müssen uns von der SPD und den Medien treiben lassen, sondern wir werden umgekehrt dafür sorgen, dass die SPD durch uns und aus den Betrieben, den Stadtteilen und von der Straße unter Druck gerät.

Das ist unsere Politikfähigkeit. Die anderen Parteien müssen auf unsere Forderungen zukommen und sie werden es nur tun, je mehr wir Gehör finden in den Gewerkschaften, den Sozialverbänden und den sozialen Bewegungen.

Einigkeit besteht daher auch darin, die anderen Parteien bei jedem Anlass zu fragen, ob sie bereit sind, mit uns gemeinsam für diese absolut dringlichen Forderungen im Interesse der betroffenen Menschen Initiativen zu entwickeln, auf die Straße zu gehen, zu demonstrieren und Bürgerbegehren zu initiieren.

Um klar zu machen, worum es uns geht, sollten wir keine Minimalbedingungen aufstellen, sondern eine Art Dringlichkeitsprogramm aus unseren wichtigsten Forderungen und Vorschläge aufstellen.

Dies ist ausdrücklich kein Koalitionsvertrag.

Über Verhandlungsergebnisse entscheiden die Mitglieder.